

## **HLZ 11/2019: „50 Jahre IGS in Hessen“**

### **Dokumente zu den Anfängen der IGS in Hessen**

*Quelle: Michael Ebenau (Herausgeber): Vom Kämpfen lernen. 40 Jahre GEW Hessen. Verlag Mensch und Leben. 1989*

1. Bildungspolitik in Verantwortung für die Zukunft. Auszüge aus dem Vortrag von Schulsenator Carl-Heinz Evers (Berlin) am 2.4.1965 auf dem Hessischen Lehrertag in Darmstadt
2. Darmstädter EntschlieÙung (beschlossen von der Vertreterversammlung der GEW am 2.4.1965 in Darmstadt)
3. Der Staatssekretär trat zu heftig auf die Bremse (Bericht der Frankfurter Rundschau vom 5.4.1965 über die Vertreterversammlung der GEW)
4. Helga Kreuzfeld: Gewerkschaftliches Sofortprogramm für Gesamtschulen (HLZ 1971)
5. Schreiben von Kultusminister Ludwig von Friedeburg vom 2. Mai 1973 zu den Forderungen der GEW bezüglich der Weiterentwicklung der Gesamtschulen
6. Rede des GEW-Landesvorsitzenden Gustav Ludwig auf dem ersten Gesamtschulkongress der GEW Hessen am 20.6.1973
7. Bericht über den ersten Gesamtschulkongress der GEW Hessen am 20.6.1973

## Bildungspolitik in Verantwortung für die Zukunft

Auszüge aus dem Vortrag von Schulsenator Carl-Heinz Evers am 2.4.1965 auf dem Hessischen Lehrertag in Darmstadt

### I. Bildungsnotstand und Modernitätsrückstand

In dem „Nicht-auf-der-Höhe-der-Zeit-sein“ besteht der eigentliche Bildungsnotstand. Fehlende Lehrer, zu große Klassen, zu wenige und zu alte Räume und Gebäude und dauernder Geldmangel drücken und bedrücken uns. Sie vergrößern den Modernitätsrückstand abermals und machen ihn noch gravierender.

Der eigentliche innere Notstand der deutschen Schule wird gegenwärtig durch schlechte äußere Bedingungen nicht nur potenziert, – er wird durch höchst beklagenswerte äußere Mängel auch überdeckt.

#### 1. Der soziale Modernitätsrückstand

Eine kürzlich in Schleswig Holstein veröffentlichte Untersuchung kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

Bereits in der Grundschule, also in der 1. bis 4. Klasse, findet eine beträchtliche negative soziale Auslese statt.

Wenn am Ende der 4. Klassen die Übergangsprüfungen zu weiterführenden Schulen stattfinden, sind die Kinder von ungelerten und angelernten Arbeitern, von Facharbeitern und unteren Angestellten und Beamten durch Sitzenbleiben schon beträchtlich dezimiert worden.

Es kommen Kinder mit höchst unterschiedlicher Sprachausstattung in Schulkindergärten und Grundschulen.

Am Beginn der Grundschule müssen die Startchancen angeglichen werden, nicht, indem man „nach unten“ nivelliert, sondern indem man den benachteiligten Kindern zusätzliche Hilfen gibt.

In den 7. Klassen der Gymnasien im Kreise Eutin waren 96% der Kinder aller Vorkademiern im öffentlichen Dienst und 80% der Kinder aller Väter in anderen akademischen Berufen, aber nur 3% der Kinder von Fahrern, Lagerarbeitern, Boten, Seeleuten, Gärtnern, Fischermeistern, Imkern, Waldfacharbeitern, nur 2,5% der Kinder von Arbeitern im öffentlichen Dienst und nur 0,7% der Kinder von Fabrik- und Bauarbeitern.

Ralf Dahrendorf hat im vergangenen Jahr auf folgende Tatsachen hingewiesen:

In der Bundesrepublik Deutschland sind 50% der Gesamtbevölkerung Arbeiter, aber auf unseren wissenschaftlichen Hochschulen sind nur 5% der Studenten Kinder von Arbeitern. Das Verhältnis beträgt also 1 : 10. Es beträgt aber in Frankreich 1 : 5, in Großbritannien und Schweden 1 : 3, und in den USA 1 : 2; d.h. in den USA sind 60% der Bevölkerung Arbeiter und 30% aller Studenten Arbeiterkinder.

Verschiedene Untersuchungen ergaben eine Reihenfolge der Merkmale, die den Gymnasialbesuch beeinflussen, nämlich

1. Beruf und Bildungsniveau der Eltern,
2. Einkommen der Eltern,
3. Entfernung zwischen Gymnasium und Wohnort.

Es geht um längere Bildung und bessere Bildung für alle; es geht um die erhebliche Erhöhung der Zahl der zu gehobenen Abschlüssen geführten Jugendlichen. Und es geht um die Förderung jedes einzelnen bis zum höchsten Maß seiner Leistungsfähigkeit. Denn im Leistungswettbewerb der Nationen und Mächtegruppierungen werden diejenigen am besten bestehen, die über die bessere Bildung verfügen.

Hier wird ein erheblicher Modernitätsrückstand des deutschen Schulwesens deutlich:

Wir müssen uns von der vorschulischen Erziehung und von der Grundschule an bemühen, ungleiche Startchancen zu korrigieren, anstatt Relikte einer ständischen Gesellschaft als gottgegebene Begabungsunterschiede auf die leichte Schulter zu nehmen. Begabung ist keine statische Größe, sondern die Aufforderung an den Erzieher, den einzelnen entsprechend seiner individuellen Befähigung optimal zu begaben.

#### 2. Der didaktische Modernitätsrückstand

Bildung ist ein nicht abschließbarer, lebenslanger Prozeß. Je mehr die Schule durch Verfrühung und überbürdung mit Stoff den Eindruck erweckt, Bildung sei abschließbar, um so weniger erzieht sie für das Leben. Denn das Leben unserer Jungen und Mädchen, die das Jahr 2000 erleben werden, wird ein Leben des immer rascheren Zuwachses an Kenntnissen und Erkenntnissen sein und ein Leben des ständigen Hinzulernens und Umlernens. Das wiederum werden diejenigen am besten können, die ein solides Fundament an relevanten Kenntnissen und Fertigkeiten haben und die insbesondere das Lernen erlernt haben.

Darum darf Schulbildung nicht satt, sondern sie muß hungrig machen. Und Erziehung muß auf den Weg der Selbsterziehung und Bildung auf den Weg der mündigen Selbstbildung gesetzt werden. Das ist eine der vornehmsten Aufgaben der Schule.

Es gibt einen didaktischen Modernitätsrückstand in Deutschland, der weitgehend in der Mißachtung des Wortes „Non scholae sed vitae discimus“ zum Ausdruck kommt. Diese Tatsache hängt auch mit der Art der Lehrerbildung zusammen, durch die oft eine gerade Linie von der Fachwissenschaft über die Methodik in den Unterricht gezogen wird, ohne das Vorhaben didaktisch aufzubereiten.

#### 3. Der pädagogisch-strukturelle Modernitätsrückstand

Das deutsche Schulwesen ist traditionell auf Auslese angelegt, nicht auf individuell optimale Förderung des einzelnen. Man orientiert den Unterricht zu leicht an der Vorstellung, daß die Befähigung des einzelnen in allen Berei-



chen der schulischen Arbeit etwa gleich sein müsse. Die schulorganisatorischen Entsprechungen auf diese Annahme sind die Jahrgangsklassen und die vertikale Dreigliedrigkeit des Sekundarschulwesens in Volksschuloberstufe oder Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Man setzt also voraus, daß ein Jugendlicher, der in einem Gebiet besonders befähigt ist, dieses auch in anderen Gebieten sein müsse. Und man setzt oft voraus in der überkommenen deutschen Schule, daß in den üblichen Jahrgangsklassen ein „Durchschnitt“ definierbar sei, an dem man die unterrichtlichen Dispositionen orientieren könnte.

Im deutschen Schulwesen werden weitgehend junge Menschen in ein System gepreßt, anstatt das System – höchst flexibel – den höchst unterschiedlichen Menschen anzupassen. Es ist ein System der abgestuften Gleichmacherei.

## II. Die deutsche Bildungsreform

Der deutsche Bildungsnotstand hat zwei Komponenten: eine äußere in Form des Fehlens von Lehrern, Räumen und Geld; und eine innere Komponente, die ich mit Modernitätsrückstand bezeichnet habe und die sich durch mangelnde Ergiebigkeit, durch das Begünstigen von Bildungsressentiments, durch einen verordneten oft wirklichkeitsfernen Unterrichtsstil und durch einen letztlich inhumanen pädagogischen Ansatz ausdrückt.

Wenn wir uns zur Reform an Haupt und Gliedern anschicken, dann müssen alle unsere kleinen Schritte an einem Ziel, an einem Bild der Schule von morgen orientiert sein.

### 1. Zur pädagogisch-strukturellen Reform

Pädagogisch-strukturell müssen wir insbesondere die herkömmliche Dreigliedrigkeit des deutschen Sekundarschulwesens überwinden und durch eine viel weitergehende Differenzierung entsprechend der unterschiedlichen Befähigung der vielen einzelnen Jugendlichen ersetzen.

In Berlin werden z.Z. Gesamtoberschulen als Modellschulen geplant, die nach folgendem Prinzip arbeiten:

Von der 7. bis zur 10. Klasse, also in der Mittelstufe des Sekundarschulwesens, soll es keine vertikale Gliederung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium geben, sondern eine Vielzahl von Differenzierungen:

a) Erster Typ der Unterrichtsveranstaltungen ist der Kernunterricht in der Stammgruppe. Alle Schüler eines Altersjahrganges, also z.B. der 7. Klassenstufe, werden in feste Stammgruppen eingeteilt, ohne daß eine Differenzierung nach Leistungsfähigkeit und Befähigungsrichtung erfolgt.

b) Zweiter Typ der Veranstaltungen soll der Fachleistungskurs sein. Da die Befähigung von Mensch zu Mensch und von Sachgebiet zu Sachgebiet verschieden ist, soll die Schule den einzelnen entsprechend seiner individuellen Befähigung optimal fördern.

c) Als dritter Typ ist neben Kernunterricht und Fachleistungskurs der Wahlpflichtkurs vorgesehen; d.h. jeder Schüler muß etwas wählen, aber er hat die Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten. Hier soll die individuelle Befähigungsrichtung angesprochen werden.

Das ist ein höchst flexibles System, in dem immer wieder Lernmotivationen gesetzt werden können und in dem Entscheidungen über die weitere Schullaufbahn durch die Eltern auf Grund nachgewiesener Befähigung der Kinder gefällt werden können und nicht – wie jetzt beim vertikalen Aufbau des Sekundarschulwesens – auf Verdacht gefällt zu werden brauchen.

Am Ende der Gesamtoberschule, also der 10. Klasse, wird dann zu entscheiden sein, welches Abschlußzeugnis der Jugendliche auf Grund der **nachgewiesenen** Befähigung erhält: das der Hauptschule oder das der Realschule oder letzteres mit einer Zulassung zur Studienstufe, also zur gymnasialen Oberstufe.

Nicht nur in Ballungsgebieten könnten solche Gesamtoberschulen hinreichender Größe gebildet werden, sondern auch in ländlichen Gebieten.

Den Modernitätsrückstand werden wir sozial und pädagogisch nur überwinden, wenn wir in Deutschland die Schulstruktur an den Anforderungen der Zukunft und nicht an den Ständen des vorigen Jahrhunderts orientieren.

### 2. Zur inhaltlichen Reform

Je solider die Grundbildung der Schule ist, um so offener können die Menschen für die menschliche Bewältigung des Neuen gemacht werden.

So kommt im Zeitalter der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation, der technischen Elementarerziehung, eine fundamentale Bedeutung zu. Technische Elementarerziehung ist keine Erfindung der Kommunisten, sondern in anderen westlichen Ländern seit Jahren eine Selbstverständlichkeit.

Zur Grundausbildung gehört die politische Erziehung, die sich nicht in der Kenntnis wichtiger Tatsachen, Formen und Zusammenhänge des gesellschaftlichen, staatlichen und überstaatlichen Lebens erschöpfen darf. Sie muß vielmehr – gesteuert aus dem personalen Kernbereich des Menschen – die Ansprüche der konkreten politischen Wirklichkeit erfahren lassen und so zum Engagement, zur Wachheit, zur Wachsamkeit und auch zum Widerstand gegen Manipulation und Indoktrination erziehen.

In der personalen Bildung, in der Charakterbildung, die alle Bereiche des Unterrichts und der Erziehung durchdringt und übergreift, kommt es vor allem auf die Einsicht des Lehrers an, daß Ethos nicht lehrbar ist.

Unsere Aufgabe ist nicht nur die Erziehung zum homo faber, zum homo sapiens oder homo ludens, sondern zur menschlichen Person, die die Ansprüche der Wirklichkeit erfährt und antwortet und verantwortet; die dann da ist, wenn jemand konkret einen Nächsten braucht.

### III. Schlußbemerkungen

Um die äußere Notlage unseres Bildungswesens abzuwenden, bedarf es nicht neuer Untersuchungen und Berechnungen, sondern „nur“ der politischen Entscheidung und der praktischen Tat.

Das Bildungswesen ist wie kein anderer Bereich der Gesellschaft der Zukunft zugeordnet. Fehler und Versäumnisse heute wirken sich erst in Jahren und Jahrzehnten aus. Darum ist die Einsetzung eines Bildungsrates, der Sozial-, Wirtschafts- und Raumordnung mit Bildung und Wissenschaft transparent macht, dringlich und unaufschiebbar.

Die Voraussetzungen für die Schule von morgen müssen Exekutiven und Legislativen in Bund und Ländern schaffen, um die äußere Notlage abzuwenden. Das gilt insbesondere auch für den Bund, der aus seiner Zuständigkeit für die Finanzordnung unseres Staates den Ländern und den Gemeinden dies viel besser ermöglichen muß als bisher.

Es geht um politische Entscheidungen und praktische Taten in Verantwortung für die Zukunft zur Überwindung der Notlagen und des Modernitätsrückstandes des deutschen Bildungswesens.

Es geht dabei um die Fortdauer des Wohlstandes; es geht um das Gedeihen unseres demokratischen Gemeinwesens. Es geht um geistige Freiheit, kulturelle Vielfalt und personale Selbstverwirklichung des Menschen.

## Darmstädter EntschlieÙung

Die Fähigkeit des einzelnen zur verantwortungsbewußten Teilnahme am politischen und kulturellen Leben und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft werden von Erziehung und Bildung aller Staatsbürger bestimmt.

In der Öffentlichkeit verstärkt sich deshalb der Ruf nach besserer Bildung für alle. Dem kann unser gegenwärtiges Schulwesen nicht gerecht werden. Es weist schwerwiegende Mängel auf:

Vorhandene Begabungen werden nicht genügend gefördert. Es besteht keine Gleichheit der Bildungschancen. Die Funktionsfähigkeit der Schule wird vom Lehrermangel bedroht.

Über diesen Bildungsnotstand wurde lange diskutiert.

Ansätze zur Umgestaltung des Schulwesens sind vorhanden, sie müssen weiter entwickelt werden. Erhebliche finanzielle Anstrengungen sind zu machen.

Die GEW fordert „Den großen Hessenplan für die Schule“.

Kernstück des GroÙen Hessenplanes ist folgendes Sofortprogramm, das der Hessische Lehrertag 1965 beschlossen hat:

### A. Ausbau des Schulwesens

1. Die **Gesamtschule** ist systematisch aufzubauen. Sie besteht aus

- a) der Grundstufe (1-4)
- b) der Förderstufe (5-6)
- c) der Mittelstufe (7-10)
- d) der Oberstufe (11-13) (studien- und berufsbezogen)

Die einzelnen Stufen können je nach örtlichen Gegebenheiten zu einer organisatorischen Einheit zusammengeführt werden. Vordringlich erscheint der Ausbau der „Mittelstufe“. In ihr müssen die Bildungsaufträge der seithe-rigen Volksschuloberstufe, der Realschule, der Berufsfachschule und der Mittelstufe des Gymnasiums integriert werden. Differenzierte Bildungswege sind anzubieten.

2. Als Schritte zur Verwirklichung der Gesamtschule fordern wir:

- a) die gesetzliche Einführung der **Förderstufe**,
  - b) die Integration der Volksschuloberstufe, Berufsfachschule und Realschule in der **Hauptschule**. Die Mitarbeit des Gymnasiums ist anzustreben,
  - c) die Einrichtung von **Mittelpunktschulen** im ganzen Land: Sie sind als Hauptschulen mit Förderstufe oder als Gesamtschulen zu verwirklichen.
3. Die **beruflichen Bildungswege** sind auszubauen.  
 4. Die **Wege zur Hochschulreife** sind weiter auszubauen.  
 5. Für **Erziehungs- und Studienbeihilfen** sind erhöhte Mittel zur Verfügung zu stellen.  
 6. Die **Fahrtkosten** für Schüler sind vom Land zu tragen.  
 7. **Individuelle Bildungshilfen** sind durch die Errichtung leistungsfähiger Schulformen für alle behinderten Kinder zu schaffen.

### B. Aufstellung eines Schulentwicklungsplanes

1. Der **Lehrerbedarf** für alle Schulformen ist auf lange Sicht zu ermitteln. Dabei sind zu berücksichtigen:

- a) Die Senkung der **Klassenbesuchshöchstzahlen** und der **Höchstzahlen für die Abteilungsbildung** auf ein pädagogisch vertretbares Maß,
  - b) die Bereitstellung von **Vertretungskräften**,
  - c) die **Arbeitszeitverkürzung** auch für die Lehrer.
2. Der **Finanzbedarf** für das gesamte Schulwesen ist auf mehrere Jahre im voraus zu ermitteln und vorrangig zu befriedigen.

3. Die Bereitstellung ausreichender Beträge für den **Schulbau** ist durch Sondermaßnahmen zu sichern.

4. Die **Schulträgerschaft** für die gegenwärtigen Volks-, Real- und Sonderschulen ist so zu regeln wie für die anderen Schulformen.

5. Für jede Planungsregion ist ein **Regionalschulamt** mit einem Schulrätekollegium zu schaffen und in ihm die Schulaufsicht für alle Schulformen zusammenzufassen.

### C. Beseitigung des Lehrermangels – Sicherung der akademischen Lehrerbildung

1. Die **Werbung für den Lehrerberuf** ist zu verstärken.

2. Die **Lehrerbesoldung** ist entsprechend der akademischen Ausbildung aller Lehrergruppen und der an die Lehrer gestellten Anforderungen wesentlich zu erhöhen.

3. Die **Wohnungsfürsorge** für Lehrer ist auszubauen und zu verstärken.

4. Die wirtschaftliche und soziale Stellung der **nebenberuflichen Lehrkräfte** ist wesentlich zu verbessern.

5. Für alle Schulformen sind **Verwaltungs- und Hilfskräfte** in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen.

6. An allen hessischen Universitäten und an der Technischen Hochschule sind Pädagogische Fakultäten oder Abteilungen mit Fakultätsrechten einzurichten.

7. Für Volks-, Real- und Sonderschullehrer ist das **Referendariat** einzuführen.

8. Den Lehrern aller Schularten sind unter Fortzahlung der Bezüge Möglichkeiten zu geben, die **Lehrbefähigung für ein anderes Lehramt** zu erwerben.

## Der Staatssekretär trat zu kräftig auf die Bremse

### Die Kontroverse auf dem Hessischen Lehrertag – Nie eine Mehrheit für Gesamtschulen?

Die Lehrer führten sich nicht gerade wie Musterschüler auf. Sie zischten. „Unerhört“ wurde gerufen und „Werft den Mann 'raus“. Aber der Mann am Rednerpult hatte es offensichtlich darauf angelegt, solche Reaktionen zu provozieren. Barsch wischte der Staatssekretär Dr. Walter Müller, im hessischen Kultusministerium, Sozialdemokrat wie wohl die meisten führenden Lehrgewerkschafter, die Vorschläge des Lehrertages in Darmstadt vom Tisch; barsch tat er die Thesen als für Hessen unrealistisch ab, die der West-Berliner Schulsenator Carl-Heinz Evers, heute wohl der führende Schulpolitiker der Sozialdemokratischen Partei, zuvor in einem Festvortrag vertreten hatte; barsch bekundete er seinen Unwillen darüber, daß er erst nach dem Festvortrag und somit protokollarisch zu spät, zu Wort gekommen war. Das alles war für einen Begrüßungsredner recht ungewöhnlich, und so durfte der Staatssekretär sich nicht wundern, daß man ihn vom Rednerpult fortzischte. Einen Sozialdemokraten, der sich in seiner Argumentation als Konservativer von echtem Schrot und Korn gab, akzeptierte man nicht.

Der Stein des Anstoßes war die Tatsache, daß die hessische Lehrgewerkschaft die Forderung nach Errichtung von Gesamtschulen an die Spitze ihrer Darmstädter Entschliebung gestellt hatte und daß sie darin von Senator Evers nachdrücklich unterstützt wurde. Ursprünglich war das gar nicht geplant gewesen. In dem vom Landesvorstand vorgelegten Entschliebungsentwurf war zwar die Gesamtschule erwähnt worden, aber doch nur am Rande. Am vergangenen Donnerstag trat dann die Delegiertenversammlung zusammen. Punkt für Punkt arbeitete man sich durch die zahlreich vorgelegten Anträge hindurch, stimmte dieser Vorlage zu, lehnte jene ab, überwies andere dem Vorstand als Material. Stunde um Stunde verging ziemlich langweilig, bis auf einmal ein vom Frankfurter Bezirksverband vorgelegter Abänderungsantrag zur Diskussion stand. Sehr viel weniger verklausuliert als im Vorstandsentwurf, wurde darin gesagt, daß alles Herumbosseln am gegenwärtigen Schulsystem nichts nütze, denn es fördere die vorhandenen Begabungen nun einmal nicht genügend und biete keine wirkliche Gleichheit der Bildungschancen. Erfolgversprechend sei allein, mit dem systematischen Aufbau von Gesamtschulen zu beginnen. Die Revolte hatte überraschend schnell Erfolg.

In diesen Gesamtschulen sollen alle Schüler in Jahrgangsklassen zusammenbleiben und in dieser Klassengemeinschaft auch in bestimmten Fächern unterrichtet werden, etwa in Musik, Turnen, politischer Gemeinschaftskunde. In anderen Fächern aber, so in Deutsch, Sprachen, Mathematik, Naturwissenschaften, sollen die Schüler entsprechend ihrer Leistung in verschiedenen Kursen arbeiten. Auf diese Weise hofft man, die Kinder besser, entsprechend ihrer individuellen Begabung, fördern zu können. Ein guter Mathematiker, der im A-Kurs aufgenommen wurde, kann beispielsweise in Englisch nur im C-Kurs sein, braucht deswegen aber anders als beim gegenwärtigen System in diesem Fach nicht zu resignieren, weil er doch nicht mitkommt. Andererseits können auch Spitzenbegabungen besser als gegenwärtig gefördert werden, so daß von der oft beklagten Nivellierung keine Rede sein kann.

Dieses Modell in die Wirklichkeit umzusetzen ist natürlich nicht ganz so einfach. Einmal müssen die Schulen mindestens annähernd tausend Schüler umfassen, zum anderen wird ihre innere Struktur komplizierter, vor allem aber ist alles gar so anders, als die Eltern es aus ihrer Schulzeit gewohnt waren. Es wird also nicht wenig Widerstände geben. Aber ist das für fortschrittliche Politiker ein Grund, von vornherein zu resignieren? Wenn nicht immer wieder einzelne, die der Horde voraus waren, das unmöglich Erscheinende angepackt hätten, hockten wir heute noch auf den Bäumen. Wer an den wütenden Widerstand gegen die Mittelpunktschulen in manchen Teilen Hessens dachte, den beeindruckte die apodiktische Feststellung des Staatssekretärs Müller nicht, wonach für die Gesamtschule eine Mehrheit nicht zu haben sein werde. Eine solche Mehrheit gab es zunächst für die Mittelpunktschulen und manches andere auf kulturpolitischem Gebiet auch nicht, was mittlerweile als selbstverständlich gilt.

Deswegen muß man der Lehrgewerkschaft dafür danken, daß sie eine Diskussion – hoffentlich – erzwungen hat. Denn wenn die schulpolitische Entwicklung eines Tages zur Gesamtschule führt, dann ist es besser und dazu noch billiger, die Weichen rechtzeitig zu stellen. Dann ist es zum Beispiel notwendig, schon jetzt genügend große Schulen zu bauen oder zumindest bei Neubauten Erweiterungsmöglichkeiten vorzusehen. Städte und Landkreise verwenden gegenwärtig viel Energie darauf, Schulentwicklungspläne für das nächste Jahrzehnt aufzustellen. Die Arbeit wäre für die Katz, wenn die schulpolitische Entwicklung ganz plötzlich über sie hinweggeht. Die Grundsatzentscheidung kann also gar nicht früh genug gefällt werden, mag die Verwirklichung dann auch schwierig und langwierig sein. Man denke, es gäbe einen Bildungsrat, er habe genügend Autorität und spräche sich für die Gesamtschule aus . . .

Staatssekretär Müller trat in Darmstadt kräftig auf die Bremse und suchte zu optimistische Hoffnungen im Keim zu ersticken. Aber durch Bremsen wird ein Auto nicht fahruntüchtig, und der bisherige GEW-Landesvorsitzende Herbert Enderwitz erinnerte den Staatssekretär sarkastisch an die Parole „Hessen vorn“. Dr. Müller sah sich mit seinen Auffassungen jedenfalls mutterseelenallein. Die Vorsitzende des kulturpolitischen Landtagsausschusses, seine Parteifreundin Ruth Horn, distanzierte sich jedenfalls deutlich von seinen Auffassungen, indem sie die „Darmstädter Entschliebung“ warm begrüßte. Und selbst der Sprecher der christlich-demokratischen Opposition, Wolf von Zworowsky, meinte, man werde über die angeschnittenen Probleme reden müssen. Und schließlich fördert doch gerade Minister Schütte Experimente mit Gesamtschulen, wenn auch zunächst gesetzlich nur eine einfache Addition der konventionellen Schultypen möglich ist.

Erfreulich ist jedenfalls, daß solche Kontroversen, wenn sie schon entstehen, sich an schulpolitischen Fragen entzünden und nicht immer an der leidigen Besoldung. Das heißt nicht, daß in diesem Bereich alles in bester Ordnung sei. Daß auf diesem Gebiet die Parole „Hessen vorn“ nicht gilt, steht außer Frage, und die Lehrer sind darüber alles andere als begeistert. Wohl denken sie daran, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen, aber von einer „Aktion Kreide“, so wurde uns versichert, sei nur im Scherz die Rede gewesen. Die Lehrer tun gut daran, daß sie sich – wie in Darmstadt – bemühen, in der Öffentlichkeit nicht in erster Linie als eine Gruppe dazustehen, die immer wieder nur Gehaltsforderungen erhebt. Die jüngste kulturpolitische Entwicklung hat schon zu einer beträchtlichen Aufwertung des Lehrerstandes geführt und wird weiter dazu führen. Dies muß ganz zwangsläufig besoldungspolitische Nebenwirkungen haben.

## Aus dem Verbandsleben

### Gewerkschaftliches Sofortprogramm für Gesamtschulen / Aus der Arbeit des Referates B

In den letzten beiden Jahren hat die Erarbeitung der neuen Gesamtschulschrift im Zentrum der Arbeit des Referates B gestanden. Jetzt geht es darum, die Konzeption zu realisieren und die damit verbundenen gewerkschaftlichen Forderungen durchzusetzen. Am 9. Juli 1971 wurde in einer Sitzung des Referates mit den Leitern der integrierten Gesamtschulen — zwölf Gesamtschulen wären vertreten — folgendes Sofortprogramm für die integrierten Gesamtschulen zusammengestellt und verabschiedet, das die GEW gegenüber dem HKM, dem Hessischen Landtag und dem RP vertreten und durchsetzen soll:

#### I. Arbeitszeit

1. Die wöchentliche Pflichtstundenzahl ist für alle hauptamtlichen Lehrer einheitlich auf 24 festzusetzen, wie es für die integrierten Gesamtschulen in Schleswig-Holstein durchgeführt ist. Dabei sind Zeiten für verpflichtende Koordinationskonferenzen zu berücksichtigen. Diese Regelung soll unabhängig von der Schulform für alle Schulen im Bereich der Sekundarstufe I gelten, in denen eine vergleichbare Versuchsarbeit geleistet wird. Die im Rahmen der Pflichtstundenzahl anzusetzende Zeit für Planungs- und Koordinationsarbeiten soll bis zu 4 Wochenstunden betragen.

2. Jeder Gesamtschule ist ein Deputat von Stunden zur Verfügung zu stellen, mit dem besondere Belastungen einzelner Lehrer infolge Übernahme von Sonderaufgaben ausgeglichen werden können.

#### II. Leitungsfunktion

1. Für jede Gesamtschule muß neben dem Leiter ein ständiger Vertreter benannt werden. Pädagogische Leiter oder Stufenleiter können diese Funktion nicht zusätzlich zu ihren anderen Aufgaben übernehmen. Gesamtschulen mit ihrer oft sehr großen Klassenzahl dürfen gegenüber Gymnasien nicht benachteiligt werden.

2. Für Schulleiter und ständigen Vertreter ist die gleiche wöchentliche Pflichtstundenzahl anzusetzen.

3. a) Stufenleiter sind Schulleitern von selbständigen Schulen mit gleicher Klas-

senstufe dem Leiter einer Schule mit Studienstufe besoldungsmäßig gleichgestellt werden. Die Integration der Gymnasien in die Gesamtschulentwicklung wird anderenfalls sehr erschwert.

c) Für Grundschulen im Einzugsbereich der Gesamtschulen ist ein pädagogischer Leiter einzusetzen, um die notwendige Koordination der Unterrichtsarbeit zu gewährleisten.

#### III. Organisation — Verwaltung

1. Vom HKM müssen Schulausstattungsrichtlinien und Büroausstattungsrichtlinien erlassen werden, die gewährleisten, daß die Schulen in technischer und verwaltungsmäßiger Hinsicht voll funktionsfähig sind.

Die Aufwendungen für die technische Ausstattung der Schulen sind in % der Bausumme anzugeben.

Die GEW wird für beide Bereiche konkrete Vorschläge unterbreiten.

2. Schulleiter, pädagogische Leiter und Stufenleiter müssen das Recht erhalten, ihre Kollegen in anderen Schulen zu dienstlichen Besprechungen einzuladen, die dem Informationsaustausch und der Koordination der pädagogischen und der Verwaltungsarbeit dienen.

3. Informationen, die über die Schulleiter an die Eltern weiterzugeben sind, sollten im Sinne einer Rationalisierung der Verwaltungsarbeit in ausreichender Zahl vervielfältigt und den Schulen zur Verteilung zur Verfügung gestellt werden (z. B. vom Schulträger).

#### IV. Abschlüsse

Rahmenrichtlinien für die Abschlüsse der integrierten Sekundarstufe I müssen schnellstens erlassen werden.

Die tradierten Abschlüsse sind mit dem differenzierten Gesamtschulsystem nicht zu vereinbaren.

#### V. Planung und Weiterentwicklung

1. Die „Rahmenrichtlinien für die pädagogische Entwicklung der hessischen Gesamtschulversuche“ müssen verabschiedet werden. Die Richtlinien sind z. B. Voraussetzung für eine Neubestimmung und Abgrenzung des Arbeitsbereiches der örtlichen Planungsgruppen für Gesamtschulen.

Anträge auf Genehmigung von Gesamtschulversuchen könnten standardisiert werden, wenn „Grundmodelle“ rahmenrechtlich fixiert sind.

Die Hauptaufgabe der Planungsgruppen wird dann die Vorbereitung der Lehrer auf die Arbeit in dem differenzierten

#### Neue Gesamtschulen ab 1. August 1971

##### Gesamtschulen nach § 8 (1) SchVG (additive Form)

Ludwig-Heid-Schule Somborn, 6463 Freigericht  
Gesamtschule, 6342 Haiger  
Gesamtschule, 6479 Schotten  
Geschwister-Scholl-Schule, 6200 Wiesbaden-Klarenthal

##### Gesamtschulen nach § 69 SchVG (integrierte Form)

Geschwister-Scholl-Schule 6330 Wetzlar, Weingartenstr.  
Kestnerschule, 6330 Wetzlar, Frankfurter Straße  
Freiherr-vom-Stein-Schule, 6330 Wetzlar, Stoppelberger Hohl  
Eichendorffschule, 6330 Wetzlar, Dalheim  
Lahntalschule, 6301 Atzbach (Kreis Wetzlar)  
Gesamtschule, 6334 Asslar-Hermannstein (Kreis Wetzlar)  
Schule Biebental, 6301 Biebental (Kreis Wetzlar)  
Gesamtschule, 6333 Braunfels (Kreis Wetzlar)  
Gesamtschule, 6336 Burgsolms (Kreis Wetzlar)  
Gesamtschule, 6332 Ehringshausen (Kreis Wetzlar)  
Gesamtschule, 6301 Krofdorf-Gleiberg (Kreis Wetzlar)  
Gesamtschule, 6331 Rechtenbach (Kreis Wetzlar)  
Gesamtschule, 6451 Bischofsheim (Kreis Hanau)  
Gesamtschule, 6451 Erlensee  
Gesamtschule, 6454 Groß Auheim (Kreis Hanau)  
Gesamtschule, 6456 Langensfeld (Kreis Hanau)  
Gesamtschule, 3501 Fuldatal (Kreis Kassel)  
Gesamtschule, 3501 Heiligenrode (Kreis Kassel)  
Gesamtschule, 3503 Lohfelden (Kreis Kassel)  
Gesamtschule, 3502 Vollmar (Kreis Kassel)  
Lichtenbergschule, 6105 Ober Ramstadt  
Gesamtschule, 6372 Stierstadt Müller-Guttenbrunn-Schule, 6149 Fürth/i. Odw.  
Gesamtschule, 6206 Hahn  
Gesamtschule, 3552 Wetter  
Gesamtschule, 3500 Kassel-Waldau

#### Anträge — Schluß

auch durch Urkunde zum Realschullehrer zu ernennen, und zwar unabhängig davon, in welcher Schulform sie unterrichten.

#### DGB-Abt. Berufsbildung

Der LV Hessen der GEW fordert den Landesbezirk des DGB auf, die Abteilung Berufsbildung beim Landesbezirk personell und finanziell zu verstärken.

#### Stellenberechnung für integrierte Gesamtschulen

Die VV des Landesverbandes Hessen der GEW beauftragt den Landesvorstand, sich bei den zuständigen Ministerien dafür einzusetzen, daß der ursprünglich für Gesamtschulen vorgesehene Verteilerschlüssel von  $x \cdot 1,75$  beibehalten wird, wenn die besoldungsmäßig gleichzustellen.

b) Im Interesse der Gesamtschulkonzeption muß der Leiter einer Gesamtschule

System sein, die didaktisch methodische Umsetzung der von Expertengruppen erstellten Unterrichtsmodelle.

Die Mitglieder von Planungsgruppen müssen ihrem Aufgabenbereich entsprechend entlastet werden. Der Erlaß aus Schleswig-Holstein sollte in modifizierter Form auch für Hessen Gültigkeit erhalten.

2. Die Referatsgruppe E IV des HKM ist durch einen Vertreter des beruflichen Schulwesens zu verstärken, um bei der organisatorischen und curricularen Gestaltung der Sekundarstufe I die Zusammenarbeit von allgemeinem und beruflichem Schulwesen zu intensivieren.

Helga Kreutzfeldt



Sehr geehrter Herr Ludwig !

Vor vier Jahren haben die ersten vier Gesamtschulen in Hessen ihre Arbeit mit den integrierten 7. Schuljahren aufgenommen. Seit dieser Zeit ist es erklärtes Ziel der Landesregierung und wohl auch der GEW, daß in Hessen als dem ersten Bundesland darauf hingewirkt werden soll, die integrierte Gesamtschule als die zukünftige Regelschule im Bereich der Sekundarstufe I einzurichten. Diese Entscheidung impliziert - und darauf möchte ich vorab nachdrücklich verweisen -, daß das hessische Gesamtschulkonzept von vornherein darauf abhob, nicht nur einige wenige in jeder Hinsicht optimal ausgestattete Modellschulen zu errichten. Die Versuchsergebnisse solcher "Ausnahmeschulen" - ohnehin erst längerfristig zu gewinnen - wären auf integrierte Gesamtschulen als Regelschulen nur sehr eingeschränkt übertragbar.

Ziel der hessischen Reformpolitik im Bereich der Sekundarstufe I war und ist es daher, mit Hilfe einer wachsenden Zahl sicher besser als die traditionellen Schulen auszustattender Gesamtschulversuche ein Konzept zu entwickeln, das in realistischer Weise auf die jeweilige schulpolitische, personelle und finanzielle Situation Rücksicht nimmt, ohne eine stetige Weiterentwicklung der Gesamtschule zu verhindern und nach dem - unabhängig von der jeweiligen Tagessituation - schließlich alle allgemeinbildenden Schulen gestaltet werden können.

Bedauerlicherweise schließen Sie sich auch der durch vereinfachende Presseberichterstattungen entstandenen Fehlinterpretation meiner Ausführungen in der Gesamtschule in Baunatal 1 hinsichtlich der "Reduzierung der Gesamtschule auf ein Grundmodell" an. Das Grundmodell, auf das ich mich bezog, wurde als "Rahmenrichtlinien für die pädagogische Entwicklung der hessischen Gesamtschulversuche" bereits im Amtsblatt vom Mai 1972 veröffentlicht; die GEW hatte - wie alle anderen Gremien - vorher zugestimmt.

Gemeint habe ich folgendes:

Neue Gesamtschulen sollen ihre Arbeit nach dem in den Rahmenrichtlinien beschriebenen pädagogisch-organisatorischen Grundmodell beginnen, weil es unsinnig wäre, alle neuen Schulen mit der Erarbeitung von durch Erfahrungsauswertung gesicherten grundlegenden Strukturproblemen zu belasten. Wenn die personellen, sächlichen und

finanziellen Voraussetzungen vorhanden sind, bietet der Erlaß den Schulen zudem die Möglichkeit, genehmigungspflichtige Sondermodelle in einzelnen Bereichen durchzuführen, deren Auswertung zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu einer Revision des Grundmodells führen wird.

Nicht die Ansprüche und Ziele des Gesamtschulversuchs werden - wie das Pressezeitalter zu intendieren scheint - reduziert, sondern der Aufwand, den die einzelnen Schulen jeweils neu zu leisten hätten, um ihre Struktur zu finden.

Die Bemerkungen zum hessischen Konzept der Gesamtschulentwicklung sind noch durch folgende Zusammenhänge zu ergänzen: Das Grundmodell stellt - wie dargelegt - eine erste Zusammenfassung der bisherigen schulspezifischen Erfahrungen dar. Um dieses Modell schrittweise weiterzuentwickeln, wird es auch in Zukunft nötig sein, in verschiedenen Gesamtschulen verschiedene Lösungsmodelle für noch offene Fragen zu finden; d.h. Grundprinzip der Entwicklung ist nicht zentrale Steuerung "von oben", sondern Entwicklungsarbeit an der Basis, die vom hessischen Kultusministerium als zentraler Planungsinstanz koordiniert und ausgewertet wird.

Zudem können nach vier Jahren nicht alle komplexen Probleme, die sich aus den pädagogischen Zielperspektiven und der Struktur der Gesamtschule ergeben, gelöst sein. Schwerpunkte mußten gesetzt werden; die sicherlich notwendige Klärung verschiedener, auch in Ihrem Schreiben angesprochener Problemfelder, muß notwendig sukzessive erfolgen bzw. verschoben werden, bis durch eine bessere Versorgung der Schulen bessere Bedingungen für die gründliche Klärung solcher Fragen gegeben ist.

Auf die kritischen Anmerkungen zu ausgewählten Fragen der inneren Gestaltung der Gesamtschule, denen ich mich ihrer Tendenz nach prinzipiell anschließen kann, will ich eine differenzierte Aussage zu einem späteren Zeitpunkt machen; im übrigen bin ich jederzeit zu einer Diskussion bereit.

Zu den Forderungen, die sich für Sie aus der Analyse ergeben, erlauben Sie folgende Hinweise:

#### Zu 1.: Personelle Ausstattung

Die Forderung nach einer Lehrermesszahl 2,0 bedeutet die Festsetzung der Schüler-Lehrer-Relation für die integrierten Jahrgänge der Gesamtschule auf 15 : 1, wenn von einer Klassenstärke von 30 Schülern ausgegangen wird; bzw. auf 17 : 1, wenn die Klassen-

stärke mit 34 Schülern festgesetzt wird. Obgleich pädagogisch und schulpolitisch wünschenswert, erscheint die Forderung 15 : 1 im Hinblick auf das vorhandene Lehrerangebot nicht realistisch und - im Hinblick auf die Situation an anderen Schulformen - auch als nicht vertretbar. Bei der augenblicklichen Mangelsituation bedeutet eine Verbesserung in dem von Ihnen gewünschten Ausmaß eine unverantwortliche Schlechterstellung aller anderen Schulen. Eine Verbesserung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses auf 1 : 17 z.B. hätte für 1975/76 einen Lehrermehrbedarf von 425, für 1980/81 einen von 825 Lehrern zur Folge. Trotzdem strebe ich eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation für Gesamtschulen nach 1975 an, damit die gesamtschulspezifischen Aktivitäten innerhalb ihrer pädagogischen Schwerpunktbereiche Differenzierung, Fördermaßnahmen und Wahlpflichtunterricht erweitert werden können. In diesem Zusammenhang ist auch die Neuregelung der Anrechnung von Unterrichtsstunden auf das Pflichtstundenmaß der Lehrer und die Neuregelung der Arbeitszeit der Lehrer zu sehen.

### Zu 2.: Materielle Ausstattung

Die Erhöhung des Etats für Sach- und Arbeitsmittel ist Sache des Schulträgers. Im Städte- und Landkreistag muß weiterhin Verständnis dafür geweckt werden, daß eine Erhöhung der hierfür vorgesehenen Mittel aufgrund der veränderten Unterrichtsmethoden nicht nur in den Gesamtschulen trotz angespannter Finanzlage unvermeidbar ist.

Für eine Erhöhung der Finanzen für den Schulbau setze ich mich auch nach der Aufstockung um 100 Mio. nach wie vor nachdrücklich ein; sie hängt - wie Sie so gut wissen wie ich - von zahlreichen Faktoren ab, die beim Nachweis der notwendigen Forderungen entsprechend eingeschätzt werden müssen. Die bisher erstellten Gesamtschulneubauten gelten allgemein - auch über Hessens Grenzen hinaus - als vorbildlich und richtungsweisend.

### Zu 3.: Pädagogische Forderungen

Wissenschaftliche Begleitung wie Sie sie fordern, zielt auf institutionalisierte permanente praxisorientierte Kooperation von Theoretikern und Praktikern.

Damit fordern Sie einen Beraterdienst, wie er in Hessen in Ansätzen durch das Fachmoderatorensystem und die Projektgruppe Evaluation bereits vorhanden ist; diese Gruppen haben den Auftrag, Erfahrungen

aufzuarbeiten mit dem Ziel, sie den anderen Gesamtschulen verfügbar zu machen. Sie sollen mit diesen Aktivitäten ebenfalls eine zukünftige Revision des Grundmodells vorbereiten.

Um dieses System noch effektiver im Sinne einer engeren Verknüpfung zwischen Beratern und Einzelschulen gestalten zu können, habe ich beim Herrn Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in Bonn um Mitfinanzierung eines entsprechenden Projekts gebeten, das auch die Errichtung einer zentralen Informations- und Beratungsstelle umgreift.

Außer diesen - nicht zuletzt für die Umsetzung der Rahmenrichtlinien Hilfe leistenden - Gruppen arbeiten Teams z.B. an folgenden fächerübergreifenden Aufgaben wissenschaftlicher Begleitung :

#### Leistungsmessung in Gesamtschulen

Durch die Aufnahme und Rückmeldung der Leistungsdaten erhalten alle Gesamtschulen für die gemessenen Fächer (Deutsch, Englisch, Mathematik, Französisch u.a.) Vergleichsmöglichkeiten, die ein im großen und ganzen übereinstimmendes Niveau aller Gesamtschulen gewährleisten.

#### Verhaltensänderung von Schülern

Hier soll festgestellt werden, welche Einflüsse der Schulorganisation und der Unterrichtsmethode das Verhalten der Schüler bestimmen, und durch neue Erkenntnisse für Ansätze zur Einlösung der Forderung nach sozialer Integration zu erlangen.

#### Informationsstrategie für Eltern

Mit Hilfe entsprechender Untersuchungsmethoden wird nach geeigneten Mitteln zur intensiven Elterninformation gesucht. Motivation zur Auseinandersetzung mit bildungspolitischen Fragen, Zeitpunkt und Art der Information spielen dabei eine Rolle und sollen Hilfen entwickeln, die geeignet sind, bei Eltern vorhandene Unklarheiten und Unsicherheiten, die zum großen Teil auf Unkenntnis und Verständnislosigkeit beruhen, zu überwinden.

#### Diagnosebogen

Zum bereits vorhandenen, an einigen Gesamtschulen erprobten Bogen "Information zum Stand des Lernprozesses" wird zur Zeit ein weiterer Bogen entwickelt, mit dessen Hilfe das Arbeitsverhalten des Schülers beschrieben und analysiert werden kann.

Ich hoffe sehr, daß sowohl die angekündigte Situationsanalyse als auch die vorgesehene Landestagung Gesamtschule zur Klärung von Mißverständnissen, Weckung von Einsichten und zur positiven Weiterentwicklung der Gesamtschulen in Hessen beitragen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Liig friter

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
 liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Namen des Landesverbandes Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft heiÙe ich Sie zu unserem ersten GesamtschulkongreÙ sehr herzlich willkommen.

Mein besonderer GruÙ gilt Minister von Friedeburg, der als politisch verantwortlicher Repräsentant des hessischen Bildungswesens im allgemeinen und der hessischen Gesamtschulentwicklung im besonderen sich nicht nur bereit erklärt hat, ein zehnmütiges Kurzreferat zu übernehmen, sondern zuhören will. Darüber hinaus will er Ihnen als Politiker, sofern Sie es wünschen, an diesem Vormittag in einer Diskussion Rede und Antwort stehen.

Darüber hinaus begrüÙen wir einige Mitarbeiter aus dem Hessischen Kultusministerium, die sicher nicht nur die Referate und Diskussionen im Plenum und den Arbeitskreisen aufmerksam zur Kenntnis nehmen werden, sondern hoffentlich sich selbst an den Diskussionen beteiligen und an der Aufarbeitung der Forderung des heutigen Tages mitwirken werden.

Mit Genugtuung stellen wir fest: Seit die Dokumentation zur Situation an den Gesamtschulen vorliegt, gab es eine Reihe von Vorstandsgesprächen mit Minister von Friedeburg und seinen Sachbearbeitern, entstanden neue ErlaÙentwürfe, wurden unabdingbare Forderungen zur weiteren Entwicklung der Gesamtschule realisiert.

Wir hoffen sehr, daÙ dies ein neuer Ansatz ist, der nach dem heutigen GesamtschulkongreÙ trägt.

Unser GruÙ gilt den Elternvertretern und den Vertretern der SV. Die gesamte weitere Entwicklung des Schulwesens wird wesentlich davon abhängen, ob Lehrer, Eltern und Schüler sich als Partner verstehen lernen, deren Rechte und Pflichten aufeinander bezogen sein müssen und nicht isoliert, abgegrenzt nebeneinander stehen dürfen.

Willkommen sind uns die Gäste aus Landtag, Kreistag und Städtetag, willkommen die Gäste aus den benachbarten Bundesländern. Sie alle sind eingeladen, sich an unserer Diskussion zu beteiligen.

Besonders begrüÙen wir die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Wenn es uns nicht gelingt, sie zur Berichterstattung über Probleme der Bildungsreform wieder stärker zu motivieren, werden die vorhandenen Reformansätze noch weiter verflachen.

Der Hessische Lehrertag 1965 stellte in der Darmstädter EntschlieÙung fest:

„Die Fähigkeit des einzelnen zur verantwortungsbewußten Teilnahme am politischen und kulturellen Leben und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft werden von Erziehung und Bildung als Staatsbürger bestimmt.

In der Öffentlichkeit verstärkt sich deshalb der Ruf nach besserer Bildung für alle. Dem kann unser gegenwärtiges Schulwesen nicht gerecht werden. Es weist schwerwiegende Mängel auf:

- Vorhandene Begabungen werden nicht genügend gefördert.
- Es besteht keine Gleichheit der Bildungschancen.
- Die Funktionsfähigkeit der Schule wird vom Lehrermangel bedroht.

Über den Bildungsnotstand wurde lange genug diskutiert. Ansätze zur Umgestaltung des Schulwesens sind vorhanden, sie müssen weiterentwickelt werden. Erhebliche finanzielle Anstrengungen sind zu machen.“

In der gleichen EntschlieÙung forderte die hessische GEW als erster Lehrerverband in der Bundesrepublik: „Die Gesamtschule ist systematisch aufzubauen.“

Niemand glaubte damals, daÙ es möglich sein werde, schon vier Jahre später die Gesamtschule als Regelschule in ein neues hessisches Schulverwaltungsgesetz aufzunehmen. Überhaupt wurde die Idee der Gesamtschule von den verantwortlichen Politikern ebenso wie der breiten Öffentlichkeit schneller und bereitwilliger aufgegriffen, als aufgrund der bildungspolitischen Diskussionen in den vorangegangenen Jahren zu erwarten war. Die konservativen Kräfte unterlagen.

Von Anfang an waren sich Kultusministerium und GEW einig in der Überzeugung, daÙ die integrierte, differenzierte Gesamtschule nur gelingen wird, wenn mit der organisatorischen Veränderung eine inhaltliche Neugestaltung verbunden ist. Bei der inhaltlichen Neukonzeption erwachsen größere Schwierigkeiten als alle Befürworter der Gesamtschule erwartet hatten.

In zwei Schritten legte die GEW überzeugend dar, weshalb die Gesamtschule die Schule der Zukunft sein muß und diese Schule hinsichtlich der Integration und Differenzierung zu organisieren ist. Aber eines vermochte die GEW nicht: Kurzfristig ein neues Curriculum zu entwickeln.

Die Leistungen der Kollegien beim Aufbau der integrierten, differenzierten Gesamtschule verdienen im Hinblick auf die Organisation und Entwicklung neuer Inhalte Achtung und Anerkennung, das umso mehr als es an einer Reihe von Voraussetzungen vielfach bis heute fehlt:

- zu wenig Räume,
  - fehlende Fachräume,
  - unzureichende Ausstattung,
  - zu wenig Lehrer,
  - keine Vorbereitung der Lehrer auf die neue Arbeit,
  - unzureichende Lehrerfortbildung,
- um nur einige gravierende Erschwernisse zu nennen.

Hinzu kam und kommt bis heute:

- eine uneinheitliche Lehrerausbildung,
- Regelung der Arbeitszeit nach überkommenen Standesunterschieden statt nach Fächern und Stufen,

– ungleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung.

Die GEW kann die Ausbeutung der Bereitschaft reformfreudiger Lehrer zu unbezahlter Mehrarbeit vor diesem Hintergrund nicht länger zur Kenntnis nehmen. Erneut fordern wir 24 Wochenstunden als ersten Schritt zur Neuregelung der Arbeitszeit für alle Lehrer an den Gesamtschulen, wie dies in anderen Bundesländern bereits der Fall ist.

Kultusministerium, Landtag und Kommunen machen es sich zu einfach, wenn sie die Landschulreform als Maßstab für die Gesamtschulentwicklung heranziehen. Bei der Landschulreform bestand die wesentliche Aufgabe der Bildungspolitiker darin, die Landbevölkerung vom Vorteil größere Schulsysteme im Vergleich zur Zwergschule zu überzeugen. Im Bau neuer Mittelpunktschulen erschöpfte sich dann die Reform. Veränderungen der Inhalte und neue Unterrichtsorganisationen standen nicht zur Diskussion.

Kultusministerium und GEW waren sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und noch zu Beginn der 70er Jahre in dem Bestreben einig, die Gesamtschulreform zügig voranzutreiben. Zunehmend wuchs jedoch in den letzten 1 1/2 Jahren die Kritik an der Art und Weise, wie Gesamtschulen in Hessen verwirklicht werden.

Bereits im Januar 1972 stand in der Hessischen Lehrerzeitung zu lesen:

„Aufmerksamer als bisher gilt es, auf allen Ebenen des Verbandes darauf zu achten, daß Förderstufen und Gesamtschulen nur dort eingerichtet werden, wo die Voraussetzungen erfüllt sind:

- genügend Räume,
- sachgerechte Ausstattung,
- ausreichend Lehrpersonal,
- fundierte Vorbereitung aller Lehrer auf ihre neuen Aufgaben.

Wo die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist jeglicher Ehrgeiz auf Errichtung von Förderstufen und Gesamtschulen fehl am Platze. Automatisch führen unzureichende Einrichtungen zu Frustration bei Lehrern, Schülern und Eltern. Sie dienen der Schulreform nicht, sie schaden ihr nur. Schulreform kann nicht unter unzureichenden Bedingungen auf dem Rücken der Lehrerschaft ausgetragen werden.“

Vorschnell versuchte das Kultusministerium durch ein Grundmodell die Übertragbarkeit gewonnener Einsichten in einzelnen Gesamtschulversuchen sicherzustellen. Dabei gelang es ihm nicht einmal, die im Grundmodell umrissene Lehrerzuweisung sicherzustellen. Das so reduzierte Grundmodell führte zu wachsenden Schwierigkeiten und wachsender Kritik in den Gesamtschulen.

Zu Beginn des letzten Schuljahres war das Kultusministerium sogar stolz darauf, feststellen zu können, daß an Gesamtschulen der gleiche Prozentsatz von Lehrern fehlt wie an den tradierten Schulformen. Dieser völlig falsche Stolz zeigt, daß hessische Politiker bis in das Kultusministerium hinein teilweise nicht begriffen haben, mit wieviel Schwierigkeiten Gesamtschularbeit für die betroffenen Kollegien verbunden ist.

Derartiges Unverständnis gefährdet die Gesamtschularbeit. So wundert es nicht, daß die hessischen Gesamtschulen bereits auf dem besten Wege waren, sich im Schilderwechsel zu erschöpfen.

Die Gegner der Reform mißverstanden die Forderung der GEW, das Tempo bei der Errichtung neuer Gesamtschulen abzubremsen und zunächst die vorhandenen Gesamtschulen sachgerecht und personell zureichend auszustatten.

Unmißverständlich stellte ich deshalb ausdrücklich fest: Nach Auffassung der GEW ist die Schule der Zukunft die Gesamtschule als Ganztagschule.

Dem Kultusministerium kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß es in den zurückliegenden Jahren versäumt hat, Lehrerbedarf und Lehrerangebot exakt zu berechnen und alle Planungen der Reform an diesen Daten zu orientieren. Mit dem Entwurf eines Personalentwicklungsplanes und dem mittelfristigen Schulkonzept für die Schuljahre 1973 bis 1975 versucht das Kultusministerium – wenn auch noch an vielen Stellen unzureichend, endlich Planungsdaten zu schaffen. Im Blick auf den Ausbau der vorhandenen Gesamtschulen und die Errichtung neuer Förderstufen und Gesamtschulen ist die Vorlage des mittelfristigen Schulkonzeptes deprimierend:

Bis 1975 sollen 22 freiwillige Förderstufen, ohne Rücksicht darauf, ob an diesen Orten zwei Jahre später Gesamtschulen errichtet werden können, 12 integrierte und 31 formbezogene Gesamtschulen errichtet werden.

Mit Nachdruck wendet sich die GEW gegen zunehmend deutlichere Tendenz, daß in der Gesamtschule das tradierte dreisäulige Schulsystem infolge der unzureichenden Lehrerzuweisung, der Bindungen in den Stundentafeln und der Festschreibung der Abschlüsse auf die bisherigen Formen wieder auflebt.

Die großartigen Pläne und Reformversprechung von realer Chancengleichheit, optimaler Förderung und curricularer Innovation verflüchtigen sich unter dem Hinweis auf „Sachzwänge“ und „realistische Bedingungen“ zu einem reduzierten Grundmodell von Gesamtschule, das de facto nicht mehr als Gesamtschule anzusehen ist, sondern ein additives Schulzentrum darstellt.

Die GEW wird es nicht hinnehmen, wenn auf diese Weise weiterhin alter Wein in neue Schläuche gegossen wird.

Vom Kultusminister fordern wir, daß die bisher in den Gesamtschulen gewonnenen Einsichten ausgewertet und umgesetzt werden. Beispielsweise steht fest, daß die bisherige Reform der Differenzierung nach dem Leistungsvermögen der Schüler unzureichend sind. Die Lernzielorientierung bietet neue Ansätze. Dazu brauchen die Gesamtschulen Hilfen.

Um die Rahmenrichtlinien, die zu einer Horizontalisierung der Bildungsinhalte führen und damit Gesamtschule

erst recht möglich machen, brauchen wir an den Gesamtschulen nicht nur mehr, sondern besser ausgebildete Lehrer und eine systematische Lehrerfortbildung.

Die Diskussion des heutigen Tages kann die Notsituation nicht ausräumen, vor der wir zu Beginn des neuen Schuljahres stehen werden. Vor Jahresfrist diskutierten Vertreter der Landesregierung und Abgeordnete, ob überhaupt alle Lehrer eingestellt werden könnten. Für das jetzt kommende Schuljahr hat die Landesregierung praktisch zugeben müssen, daß wir vor dem größten Lehrermangel stehen.

Es ist daher ausgeschlossen, die Gesamtschule optimal mit Lehrern zu versorgen: Aber es muß heute ernsthaft diskutiert werden,

- welcher Lehrerfaktor unerlässlich ist, um Gesamtschularbeit noch zu gewährleisten,
- welche Kürzungen in die Verantwortung der Konferenzen gelegt werden könnte, um ein Abgleiten der vorhandenen integrierten Gesamtschulen in additive Gesamtschulen zu verhindern,
- welche Ansätze für eine dynamische Entwicklung von der schulformbezogenen zur integrierten Gesamtschule bei der Errichtung neuer schulformbezogener Gesamtschulen unerlässlich sind,
- wo im Gegensatz zur mittelfristigen Planung des Kultusministeriums in den nächsten Jahren integrierte Sekundarstufen II - Schulen zu errichten sind, um einen kontinuierlichen Übergang aus den Gesamtschulen mit Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II zu gewährleisten.

Die Personalsituation an den Gesamtschulen zwingt die Kollegen, die Frage nach dem Selbstverständnis von Gesamtschule intensiver und kritischer als je zuvor zu stellen.

Ohne Stütz- und Liftkurse stellt die Differenzierung ein hartes Konkurrenzsystem dar, das nicht fördernd, sondern mit unzureichenden Kriterien selektierend wirkt, und somit vor allem bei leistungsschwachen Schülern Mißerfolgserlebnisse von vornherein schafft sowie zur Schulresignation führt.

Für eine Lernerfolgskontrolle zum Zwecke lernzielorientierter Förderung ist das tradierte Notensystem unbrauchbar. Ansätze zu einer Reform durch den Diagnosebogen sind infolge der Überlastung der Lehrer und im Hinblick auf den Zwang, im 9. und 10. Schuljahr wieder Noten erteilen zu müssen, vielfach zurückgestellt worden.

Der Versuch, bessere Differenzierungsverfahren zu erproben oder zu entwickeln, darf nicht an der Streichung der dafür notwendigen Unterrichtsentlastung scheitern.

Wir erwarten, daß der erste hessische Gesamtschulkongreß dazu beigetragen wird, die Diskussion um die Weiterentwicklung der Gesamtschulen in Hessen neu zu beleben. Den Kollegien der ersten vier Gesamtschulen, die diesen Kongreß vorbereitet haben, danken wir. Wir hoffen auf Ihre Anregungen für unsere weitere Arbeit.



**Meinungen - Analysen - Vorschläge • Meinungen - Analysen - Vorschläge**

## Gesamtschultagung erarbeitet Fülle von Vorschlägen und Forderungen

*In fünf Arbeitsgruppen beschäftigten sich Lehrer, Erzieher und Eltern mit den derzeitigen Problemen der Gesamtschulen. Das Ergebnis wurde in 5 Gruppenberichten zusammengefaßt, die sich mit „pädagogischen, räumlichen und ausstattungsmäßigen, personellen Defiziten“, den Erwartungen der Eltern an die Gesamtschule und der Frage „Chancengleichheit — Gemeinsames Lernen“ befaßten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gustav Ludwig, faßte am Schluß der Tagung nachmals die grundsätzliche Zielsetzung der GEW zusammen: „Der GEW liegt daran, daß das bildungspolitische Ziel im Lande Hessen die integrierte, differenzierte Gesamtschule als Ganztagschule bleibt.“ Der GEW-Vorsitzende trat damit allen Spekulationen entgegen, die GEW rücke von ihrem Gesamtschulprogramm ab. Die Gruppenberichte werden im Wortlaut wiedergegeben.*

### Bericht der Arbeitsgruppe 1 „Pädagogische Defizite“

(Fördermaßnahmen, Differenzierung, Wahlpflichtkurse, Schullaufbahnberatung, wissenschaftliche Begleitung, Abschlüsse, Schulpsychologen u. a.),  
Berichtersteller: Koll. Stubenrauch

Die Arbeitsgruppe diskutierte im wesentlichen in Anlehnung an den Katalog der Forderungen des Berichtes der Ernst-Reuter-Schule Frankfurt. Sie kam zu folgenden Ergebnissen, die sie dem Plenum als Resolutionsvorschlag vorlegte. Es ist ein aus fünf Punkten bestehendes Schwerpunktprogramm, das versucht, die nächsten Schritte zu beschreiben, die die GS-Lehrer selbst und die GEW vorzunehmen hätten.

#### 1. Konstituierung von GS-internen Gruppen der GEW-Aktiven.

Alles ist darauf zu konzentrieren, in den GS selbst zu Konstituierung von Arbeitsgemeinschaften der GEW-Aktiven unter Einbeziehung vorhandener Schulseminare zu kommen.

#### 2. Diskussion über Inhalte und Alternativen.

In diesen GEW-Schulgruppen an Gesamtschulen sind Situation der GS und mögliche Alternativen zu reflektieren und zu diskutieren. Grundlagen dazu sollen die Papiere dieser GS-Tagung sein, zum anderen die Unterlagen der eingangs erwähnten Dokumentation (GEW-Informationen 17/73 vom 5. April 1973).

#### 3. Gesamtschul-Konsequenzen.

Diese in den GS bestehenden oder zu bildenden Gruppen sollten als Antragsteller versuchen, in Gesamtkonferenzen bzw. Personalversammlungen konkrete Forderungen im Sinne des im Bericht der Ernst-Reuter-Schule vorgelegten Katalogs durchzusetzen (vgl. diesen Bericht).

#### 4. Arbeitskreise „Schule und Gewerkschaft“.

Es sollte langfristig, aber schon jetzt beginnend, von jedem GS-Arbeitskreis die Bildung von Arbeitskreisen „Schule und Gewerkschaften“ angepackt werden. GEW-aktive Lehrer sollen in diesen Arbeitskreisen gemeinsam mit in Gewerkschaften organisierten Eltern und in Verbindung mit betrieblichen Jugendvertretern stadtteil- bzw. schulortsspezifische Aufklärung der Öffentlichkeit leisten (z. B. über das Verhältnis von Chancengleichheit, Gesamtschule und Bildungssystem) und bestimmte Initiativen vorbereiten.

#### 5. Konkrete Schritte, mit der die GS-Tagung den GEW-Landesvorstand beauftragen soll:

a) Der GEW-Landesvorstand soll aufgefordert werden, mit dem DGB auf Landesebene Verhandlungen aufzunehmen, die einmal die Konstituierung der unter 4. genannten Arbeitskreise zum Inhalt haben soll, zum anderen die Planung gemeinsamer politischer Initiativen auf Landesebene zur GS-Problematik.

b) Der GEW-Landesvorstand soll aufgefordert werden, den Informationsfluß der sich gerade konstituierenden Zusammenarbeit der GEW-Lehrer an hessischen GS zu fördern. U. a. sollen die in dieser Tagung erstellten Arbeitspapiere an alle in der GEW organisierten GS-Lehrer und nach Möglichkeit an alle GEW-Mitglieder verschickt werden.

c) Es soll bereits heute hier ein Aktionskomitee gewählt werden, das in Zusammenarbeit mit der sich noch zu bildenden GEW-Fachgruppe Gesamtschule und dem Referat B eine zweite Tagung inhaltlich vorbereitet. Diese Tagung soll nicht nur von den Delegierten besichtigt werden, vielmehr soll die Teilnahme aller in der GEW organisierten GS-Lehrer ermöglicht werden.

d) Die Vorbereitung einer 2. GS-Tagung soll in Zusammenarbeit mit der GGG (Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule) erfolgen.

e) Der GEW-Landesvorstand soll mit der Vorbereitung und Diskussion eines möglicherweise landesweiten Warnstreiks der in der GEW organisierten GS-Lehrer beauftragt werden.

(Dieser letzte Punkt e) konnte in der Arbeitsgruppe nicht mehr diskutiert werden; es wurde ausdrücklich festgehalten, daß er noch im Plenum diskutiert werden müsse.)

Abschließend wurde noch beantragt und ohne Widerspruch mit Beifall angenommen, eine zentrale Forderung müsse heute sein, daß diese Arbeitstagung und die GEW allen Lehrern Solidarität zusichern müsse, die sich durch ihren Einsatz für die inhaltlichen Forderungen der GS in ihrer beruflichen Tätigkeit gefährdet sehen.

Nach kurzer Diskussion, die sich vor allem um die Begriffe „Warnstreik“, „Protestdemonstration“ drehte, wurde die Resolution mit einer Gegenstimme ohne Enthaltung angenommen, die Wahl eines Aktionskomitees als Antrag an den GEW-Landesvorstand ohne Gegenstimmen beschlossen und die Willenserklärung zu einem Warnstreik mit großer Mehrheit gebilligt. Koll. Ludwig wies darauf hin, daß selbstverständlich weder der Landesvorstand noch die GS-Tagung einen Warnstreik beschließen könnten, allerdings sei hiermit eine klare Willenskundgebung

erfolgt. Die Durchführung einer 2. GS-Tagung noch in diesem Jahr sei von den finanziellen Möglichkeiten her fraglich; dies könne erst nach Überprüfung der Haushaltssituation entschieden werden.

### Bericht der Arbeitsgruppe 2

#### „Räumliche und ausstattungsmäßige Defizite“

(Schüler- und Lehrerarbeitsplätze, Informationszentrum, Fachräume, flexible Planungsgrößen, Räume und Ausstattung für Neigungsgruppen, Ganztagschule u. a.),  
Berichtersteller: Koll. Klaus Benecken.

In der Arbeitsgruppe wurde deutlich, daß sich Problemerkennung und Problembewußtsein der einzelnen Kollegien in unterschiedlichen Phasen befinden. Während die ersten hessischen GS vier Jahre GS-Arbeit reflektieren können, stehen andere Kollegen erst vor dem Aufbau einer Schule. Dennoch haben sich die Teilnehmer in der Übereinstimmung über bestehende Mängel auf die folgende gemeinsame Resolution geeinigt.

1. Wir fordern den GEW-Landesvorstand auf, ein Gremium zu schaffen, das Erfahrungsberichte über bauliche Maßnahmen, d. h. sowohl über bauliche Mängel, Fehlplanungen und ihre pädagogische Folgen als auch über bewährte Projekte als Dokumentation zusammenstellt und allen Kollegien, den Schulträgern, den Regierungspräsidien und dem Kultusminister zustellt.

2. Die GEW soll in unserer Vertretung an alle für Schulbaumaßnahmen Verantwortlichen folgende Forderungen stellen: In Zukunft müssen Schüler und Lehrer an der Konzeption aller baulichen Maßnahmen mitbestimmend beteiligt werden. Das kann nicht bedeuten, daß bereits feststehende Pläne zur Akklamation vorgelegt werden, also eine Alibi-Funktion erfüllt wird, sondern daß sie eine inhaltliche Mitentscheidungsfunktion besitzen.

3. Die Arbeitsgruppe bittet das Plenum um Unterstützung folgender Forderung an den GEW-Landesvorstand: Im Herbst 1973 findet eine GS-Landestagung aller GEW-Mitglieder an GS statt. Die Tagung wird während des Unterrichts durchgeführt. Schon heute müßte ein Organisationskomitee gewählt werden, das diese langfristig vorbereitet. Inhalt dieser Tagung soll es sein, die ersten Ergebnisse der heutigen Resolution zu überprüfen und auf breiter Basis solidarisch weitere Maßnahmen für die Durchsetzung der heute hier skizzierten GS-Entwicklung zu beschließen.

(Die Resolution wurde nach kurzer Diskussion bei einigen Enthaltungen gebilligt.)

### Bericht der Arbeitsgruppe 3 „Personelle Defizite“

(Lehreraus- und Weiterbildung, Lehrerzuweisung, Personalpolitik, Funktionsstellen, Angleichung der Stundenverpflichtung, Koordinationsstunden, Hilfskräfte, Verwaltungskräfte u. a.),  
Berichtersteller: Koll. Jürgen Heinemann.

Die Diskussion der Arbeitsgruppe hatte zwei Bereiche, und zwar

1. eine im Grund genommen kurzfristige Zielsetzung und
2. eine Art mittelfristige Zielsetzung.

## Meinungen - Analysen - Vorschläge • Meinungen - Analysen - Vorschläge

Innerhalb der kürzerfristigen Zielsetzung werden vier Maßnahmen aufgezeigt mit der Zielsetzung, durch Aktivierung der Eltern eine Veränderung der Verteilungsfaktoren und eine bessere Zuteilung von Lehrern an GS zu erreichen.

Bei Gestaltung der Stundenpläne in den Sommerferien müssen jeweils an den einzelnen Schulen folgende Punkte berücksichtigt werden:

a) Vorrang soll — noch ehe der Stundenplan erstellt wird — für den Bereich der Fördermaßnahmen für lernschwache Schüler bestehen.

b) Vorrang soll weiter bestehen für den Bereich „Besondere Versuche“, etwa die, die durch das Bundeswissenschaftsministerium gefördert werden. Dort sollen keine Stundenausfälle vorkommen.

c) An den Koordinationsentlastungen soll nicht gekürzt werden.

d) Es soll kein fachfremder Unterricht gegeben werden, so daß die Kürzungen dann, wenn es um die allgemeine Unterrichtsplanung geht, dort erfolgen, wo der tatsächliche Fachmangel besteht. Damit soll durch Aktionen der Eltern eine Änderung der Verteilungsfaktoren für den nächsten Februar erreicht werden, also andere Bemessungsgrundlagen für die Zuteilung von Lehrern an GS.

Diese Maßnahmen sollen über die Teilnehmer an dieser Tagung und durch GEW-Information allen Schulen und den GEW-Obleuten bekanntgemacht werden, damit sie nicht isoliert an einzelnen Schulen sondern auf möglichst breiter Basis, gestützt durch die GEW, durchgeführt werden.

Ein weiterer Punkt der kurzfristigen Maßnahmen betrifft die GEW intern.

a) An den Landesvorstand wird die Forderung gerichtet, daß Vertreter der GS, die bisher weder im Hauptpersonalrat noch in den Bezirkspersonalräten vertreten sind, zumindest als Berater für die Mitglieder der GEW in diesen Gremien herangezogen werden, um bei entsprechenden Vorlagen die Belange der GS zu berücksichtigen.

b) Mehr als bisher sollen GS-Vertreter auch in die Referate der GEW hineingenommen werden, um hier die Interessen dieser Schulform zu vertreten.

c) Innerhalb der GEW soll eine Planungsgruppe eingerichtet werden, die die Berechnung des tatsächlichen Lehrbedarfs an GS anhand von Faktoren wie Raumgröße, Überhangkurse usw. in Angriff nimmt, damit deutlich wird, wie wenig die Verteilung der Lehrer nach den jetzigen Berechnungsfaktoren den tatsächlichen Bedingungen der GS entspricht.

Ein dritter Bereich der kurzfristigen Maßnahmen bezieht sich auf Vorstellungen der GEW an das Kultusministerium.

a) ist dringend zu fordern, daß Vertreter der Sekundarstufe I in die bereits bestehenden Planungsgruppen für die Sekundarstufe II aufgenommen werden, um die Verzahnung zwischen beiden Stufen zu gewährleisten.

b) Der Landesvorstand der GEW Hessen wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, 1. daß der Kultusminister schnellstens Dienststörungen für alle Funktionsträger an GS erläßt, und zwar sollen nicht nur für die Schulleiter und Stellvertreter, sondern die pädagogischen Leiter und die Stufenleiter Ermäßigungstunden fest eingeplant werden, und 2. daß den Funktionsstellen-Inhabern an GS die zum geregelten Ablauf notwen-

digen Ermäßigungstunden zur Verfügung stehen. Daher wird die Anregung an den GEW-Landesvorstand gegeben, den Erlaßentwurf über Anrechnung dienstlicher Tätigkeit auf die Pflichtstundenzahl noch einmal in diesem Sinne zu überarbeiten.

Zur mittelfristigen Zielsetzung werden folgende drei Punkte aus einem Resolutionsentwurf des GEW-Kreisverbandes Gießen-Stadt übernommen:

1. Keine neue integrierte GS wird mehr eingerichtet, solange die bestehenden personell nicht so ausgestattet sind, daß sie den gesetzten Ansprüchen der Reform genügen können.

2. Die Einrichtung von schulformbezogenen Gesamtschulen nach § 8 HSVG darf nicht als Ersatz für die Errichtung von integrierten Gesamtschulen vorgenommen werden, um den Anträgen der

Schulträger auf Errichtung von Gesamtschulen Rechnung zu tragen. Die GEW muß nachdrücklich klarstellen, daß die schulformbezogene Gesamtschule den bildungspolitischen Erwartungen an die Schulreform nicht gerecht werden kann und damit dem Gesamtschulgedanken schadet, wenn sie nicht ausdrücklich als Übergangslösung zur integrierten Gesamtschule konzipiert wird.

3. Die personelle Versorgung der vorhandenen Gesamtschulen ist stetig zu verbessern: stufenweise Heraufsetzung des Lehrerfaktors auf 2,0 bis 1978 bei gleicher Wochenstundenzahl (24) für alle Lehrer zuzüglich entsprechender Entlastung für Planungszwecke. Das hessische „Grundmodell“ Gesamtschule wird gleichzeitig überprüft und weiterentwickelt.

(Dem Bericht wurde mit einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen Zustimmung erteilt.)

### Bericht der Arbeitsgruppe 4 „Gesamtschule — Erwartung der Eltern“

Berichtersteller: Dr. Hermann Heussner, Landeselternbeirat.

1. Gefordert wird ein unbedingter Ausbau der Fördermaßnahmen wie Stütz- und Liftkurse; Überhangkurse als wesentlicher Bestandteil der GS sind durchzusetzen, zu erhalten und auszubauen.

Dazu gehört es, daß eine bessere Schüler-Lehrer-Relation für die GS hergestellt wird und die Angleichung der materiellen und personellen Bedingungen in der heutigen Mangelsituation mindestens an das Gymnasium stattfindet. Jede Benachteiligung, die hier besteht, geht zu Lasten der Fördermaßnahmen, und jede Auswirkung, die die Fördermaßnahmen drückt, macht die GS zu einer Farce.

Dazu gehört auch, daß die Angleichung der Pauschbeträge erfolgt und daß das Problem der Koordinationsstunden für die Lehrer ernsthaft gelöst wird. Wir sind uns bewußt, daß in der derzeitigen Situation des Lehrer- und Finanzmangels eine Erweiterung nicht einfach stattfinden kann, ohne andere zu belasten, aber wir meinen, wenn die GS Regelschule werden soll, dann muß als Minimalforderung mit oberster Priorität diese Fördermaßnahmen erhalten.

2. Die Zusammenarbeit von Lehrern mit in lohnabhängiger Arbeit stehenden Eltern, vermittelt durch die Zusammenarbeit der GEW und der Industriegewerkschaften ist zu organisieren. Bei dieser Zusammenarbeit soll eine Analyse und Auseinandersetzung stattfinden, die den Zusammenhang ermittelt zwischen Elternverhalten gerade in der abhängigen Bevölkerung und Bedingungen am Arbeitsplatz sowie der Anforderungen auch der industriellen Arbeitswelt an die Schule. Der Aufnahme des Tatbestandes soll ihre Beurteilung folgen.

3. Wissenschaftliche Ergebnisse sind zu vermitteln an Eltern durch die Lehrer und an die Lehrer in Form von Elternbildung und Lehrerfortbildung.

4. Von den Lehrern wird eine bessere Vermittlung von Informationen über den Inhalt der GS gefordert. Dabei wird vor allem gefordert, daß sich jeder Lehrer im



**Ein Beispiel für alle Schulträger in Hessen: Otto Dockhorn, Bürgermeister von Gießen informiert sich auf der 1. Gesamtschultagung in Hessen über den Stand der Gesamtschulentwicklung.**

Umgang mit den Eltern einer Haltung befeißigt, die Verständnis bei den Eltern finden kann, d. h. der Lehrer möchte doch mit den Eltern in einer Sprache sprechen, die sie auch verstehen, und er sollte auch solche Eltern ernst nehmen, die sich nur unbeholfen ausdrücken und sich uninformiert zeigen.

5. Gefordert wird die Beteiligung von Eltern an der Planung von Unterrichtsprojekten im Sinne von Information und Diskussion mit dem Ziel einer Bewußtseinsbildung in der Richtung, daß Verständnis für die Arbeit in der GS entsteht und geforderte Veto-Rechte faktisch gar nicht mehr eingesetzt werden, weil man verstanden hat, was GS will.

Persönlich als Elternvertreter fügte Dr. Heussner einen Punkt an, der in der Gruppe aus Zeitmangel nicht mehr diskutiert wurde:

Die Elternschaft fordert und erwartet, daß an der Basis eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Sekundarstufen I und II erfolgt mit dem Ziel der Koordination dieser beiden Stufen auf das, was in der Sekundarstufe I geleistet worden ist. Sie ist unbedingt sofort zu beginnen.

(Der Bericht wurde ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.)